



DAS SCHWIERIGE ERBE DES KOLONIALISMUS

**Die europäische Debatte über den Umgang
mit den kolonialen Vergangenheiten**

Benedikt Stuchtey

AUF EINEN BLICK

Im letzten Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung steht es schwarz auf weiß: Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte soll vorangetrieben werden. Wie viel koloniales Erbe aber verträgt die Gegenwart? Steht die koloniale Vergangenheit der Zukunft und der Modernisierung im Weg, oder bildet die Traditionskritik an ihr nicht die eigentliche Chance, die geschichtliche Dauer der ehemaligen imperialen Herrschaft in eine Langzeitperspektive bis heute zu integrieren?

Nach der ersten Dekolonisation steht aktuell eine zweite zur Disposition: Die Erinnerungskultur in ihren unterschiedlichen Facetten ist präsent und mahnt an, dass das schwierige Erbe des Kolonialismus weder ausreichend rekonstruiert noch umfassend eingefügt ist in die zeitgeschichtliche Erfassung der europäischen Kolonialgeschichte. Denn nach wie vor ist sie in Form nichteuropäischer Kulturgüter in europäischen Museen, in Gestalt von Denkmälern und Straßennamen und vielem mehr gegenwärtig. Nicht zuletzt der Punkt, der Rassismus als eine Säule des Kolonialismus sei aus den Köpfen weder verschwunden noch in seinen Alltagsdimensionen ausreichend erfasst, wiegt schwer. Deshalb gehen postkoloniale Theorien davon aus, dass koloniale Strukturen der Weltaneignung auch in ihrer wissenschaftlichen und kulturellen Beschaffenheit weiterhin fortbestehen und ihre Nachwirkungen sehr ernst zu nehmen sind.

Jeder europäische Staat hat seine eigene Kolonialgeschichte, für die er Verantwortung trägt. So individuell diese Geschichte nationaler Imperien von der Frühen Neuzeit bis weit in das 20. Jahrhundert mit der Globalgeschichte des Kolonialismus verflochten ist, so wichtig ist überdies die Wahrnehmung der innereuropäischen Transferleistungen. Vor einer politischen Schlussfolgerung, wie mit dem zeitgenössischen Kolonialerbe umgegangen werden könnte, steht die historische Kritik seiner Traditionsbestände. Darauf gründet die allenthalben zu vernehmende Forderung nach Aufarbeitung, Klärung der Provenienz vieler Objekte und einer zweiten Dekolonisation, der erstens die Erwartung innewohnt, dass es keine gemeinsame Zukunft geben kann, ohne sich die Konflikte der Vergangenheit vergegenwärtigt zu haben. Und die, zweitens, von der Prämisse ausgeht, dass der Prozess der Dekolonisierung immer ein doppelter ist und beide Seiten, ehemals Kolonisierte und ehemals Kolonisatoren, gleichermaßen betrifft.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einführung	4
2	Standortbestimmungen	4
3	„Rhodes-Must-Fall“	6
4	Die europäische Dimension	8
5	Die deutsche Geschichte	10
6	Kolonialismus und Wissen	11
7	Europäische Fallbeispiele	13
	Fazit: Für eine europäische Gedächtnispolitik	16
	Literatur	17

1. EINFÜHRUNG

Aktuell nehmen die Debatten über die koloniale Vergangenheit, die lange Zeit entweder nur unter Fachleuten geführt oder wegen ihres kontroversen Charakters gemieden wurden, einen wichtigen öffentlichen Raum für sich in Anspruch. Dabei stehen sich die Positionen oftmals unversöhnlich gegenüber, wie beispielsweise die Gestaltung des Berliner Humboldt-Forums gezeigt hat. Politisch haben diese Debatten durch die internationale „Black Lives Matter“-Bewegung zusätzliches Gewicht erhalten.

Sollen Straßen und Gebäude umbenannt werden, weil sie die Namen ehemaliger Kolonisten tragen? Werden Statuen und Denkmäler inakzeptabel, weil sie an Sklavenhalter erinnern, auch wenn diese – wie im Fall von Edward Colston (Bristol) – Wohltäter ihrer Stadt waren? Sind gewisse Speisen, Begriffe oder Objekte untragbar geworden, weil sie rassistische Botschaften übermitteln? Müssen Kulturgüter aus europäischen Museen und Sammlungen, nicht zuletzt Universitäten, die einst aus den Kolonien entwendet wurden, nicht längst an ihre Ursprungsländer zurückgegeben werden (Restitutionsdebatte), wie Präsident Émmanuel Macron bei seinem Staatsbesuch in Burkina Faso (November 2017) für Frankreich erklärte? Wie sollen umstrittene Darstellungen, etwa die rassistische Zerrfigur des Melchior von den Heiligen Drei Königen im Ulmer Münster, behandelt werden, und wie geht man mit dem „Blackfacing“ der Sternsinger oder bei Theateraufführungen mit „Othello“ um? Außerdem: Ist unser westliches Weltbild nicht immer noch von Stereotypen geprägt, von politischen, ökonomischen und auch kulturellen Dominanzstrukturen, deren historische Traditionsbestände kolonialer Natur sind?

2. STANDORTBESTIMMUNGEN

Die Gemüter sind erregt. Während die eine Seite auf diese vielen Fragen mit einem klaren „Ja“ antwortet und die kritische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte fordert, auch von den politisch Verantwortlichen, sieht die andere keinen Grund dafür, sich für die Expansionsgeschichte Europas zu rechtfertigen. Im Gegenteil, sie formuliert die angeblichen Errungenschaften und Gewinne imperialer Herrschaft, die von Europa seit dem frühen 16. Jahrhundert in die Welt getragen worden seien, als ob die postkolonialen Theorien ohne nachhaltige Wirkung verhalten, und sie bekämpft die „cancel culture“ und „politische Korrektheit“. Eine Rückgabe nicht-europäischer Kulturgüter an die ehemaligen Kolonialländer wird gewöhnlich moralisch positiv bewertet, kann jedoch ebenfalls als paternalistische Geste an die ehemals Kolonisierten interpretiert werden, so wie es zunehmend als gönnerhaft empfunden wird, Vertreterinnen und Vertreter aus dem globalen Süden mit Quoten zu versehen.

Für eine Positionsbestimmung der Gegenwart ist es daher dringlicher denn je, sich die europäischen Debatten über den Umgang mit der Kolonialvergangenheit vor Augen zu führen. Dafür sind zwei Denkschnitten wichtig: Die erste benennt die Pro- und Contra-Stimmen in

der Bewertung des Kolonialismus; die zweite differenziert die einzelnen nationalen Stränge und fragt letzten Endes nach der *europäischen* Erinnerungspolitik der Kolonialgeschichte. Eine dritte Schneise kann dieser Essay aus Platzgründen nicht leisten, gleichwohl ist sie selbstverständlich bedeutsam. Sie nimmt eine Bestandsaufnahme derjenigen Debatten in Augenschein, die in Zentral- und Südamerika, Afrika und Asien, also vornehmlich in den dekolonisierten Staaten, über die ehemalige Kolonialherrschaft geführt werden. Sie würde ebenfalls den Umgang mit der Vergangenheit früherer nichteuropäischer Kolonialmächte, wie zum Beispiel Japan, aufgreifen müssen.

Eine prominente Stimme unter denen, die sich eindeutig der Verteidigung der Imperialherrschaft verschrieben haben, ist zum Beispiel der US-amerikanische Politikwissenschaftler Bruce Gilley. Dieser hatte in der Zeitschrift *Third World Quarterly* („The Case for Colonialism“, September 2017) ein Loblied auf den Kolonialismus, insbesondere das Britische Empire gesungen und dafür plädiert, zum Wohle der Menschheit weite Teile der längst dekolonisierten Welt zu rekolonisieren. Man müsse, so sein Argument, dem moralischen Beweggrund der Kolonialkritik und ihren postkolonialen Schuldgefühlen mit dem Gegenargument des liberalen Imperialismus begegnen und zeigen, wie die westliche „Zivilisierungsmission“ viel Gutes global verbreitete.

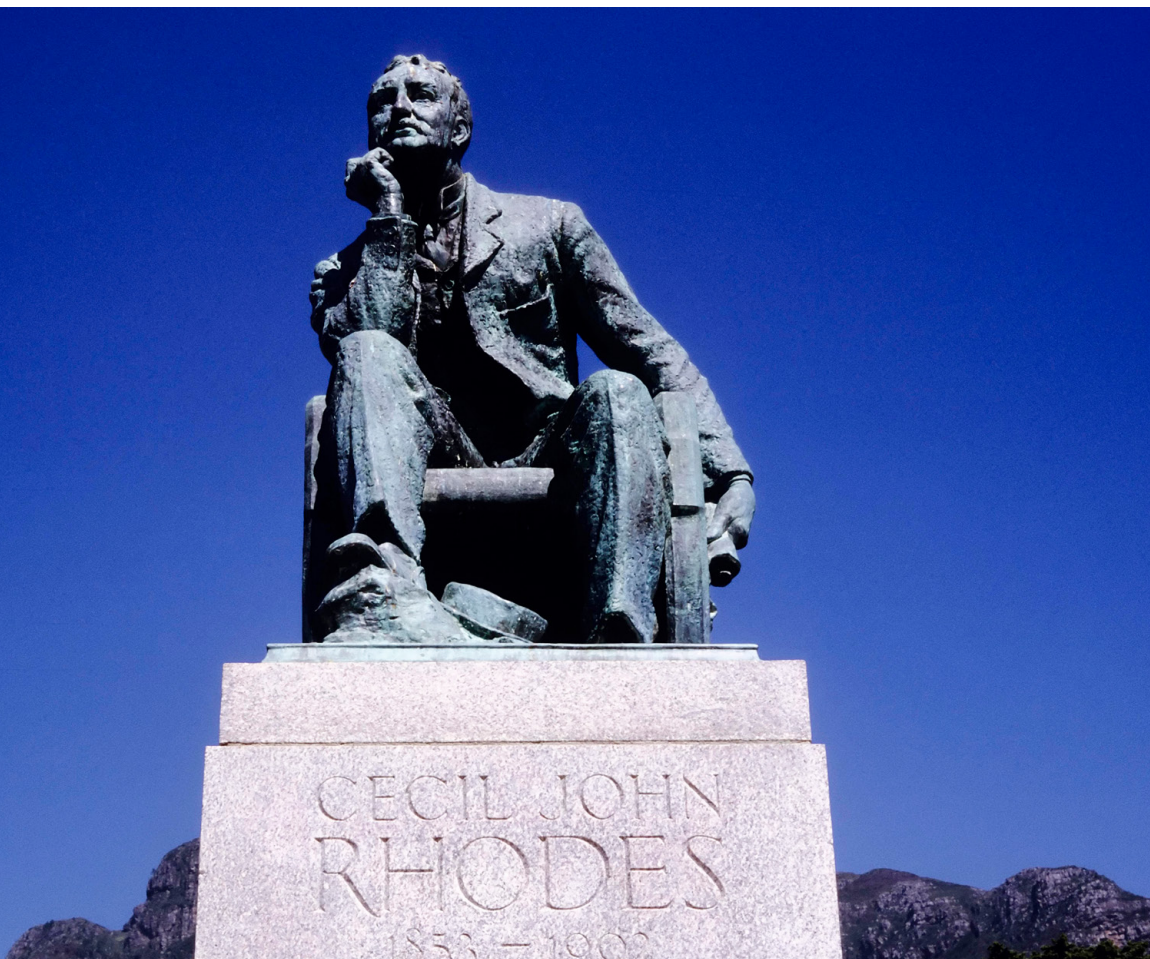
Naturgemäß spielen die Geschichte der Sklaverei und der Ausbeutung von Menschen und Naturressourcen, Rassismus, Hungersnöte und Vertreibungen, brutale Kolonialkriege und Genozide keine herausragende Rolle in Gilleys Narrativ; erwartungsgemäß traten nach Erscheinen des Aufsatzes, der nicht mehr verfügbar ist, 15 Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift von ihrem Amt zurück. Sie warfen Gilley „white supremacy“ vor.

Vornehmlich positive Seiten des kolonialen Projekts betont auch der aus den gleichen Gründen so umstrittene, weil für die einschlägige Forschung sich blind zeigende, königliche Professor für Moral- und Pastoraltheologie an der Universität Oxford, Nigel Biggar. Der Geschichtswissenschaft die ethische Kompetenz abzusprechen, über das Empire zu urteilen, ist das eine, aber Cecil Rhodes – die Statue, die Stipendien, ein ehemals nach ihm benanntes Land – nicht als Erzimperialisten zu begreifen, der im Süden Afrikas unermesslichen Reichtum mit Gold und Diamanten erwirtschaftete, das andere. Inzwischen Reizfiguren zwischen Oxford und Kapstadt mit internationalem Medienecho, sind beide – Rhodes wie Biggar – zu symbolischen Erinnerungsorten für das Phänomen schonungsloser Selbstbereicherung im Zeichen der kolonialen Expansion (Rhodes) sowie einer modernen Kolonialapologetik (Biggar: „Don't feel guilty about our colonial history“, in: *The Times*, 29. November 2017) geworden.

Bisher waren kolonialapologetische, auch paternalistische und häufig persönlich desillusionierte Stimmen vornehmlich nur unter den aus den jüngst dekolonisierten Nationen nach Europa zurückgekehrten ehemaligen Verwaltern und anderem Kolonialpersonal auszumachen gewesen, aber das gehört in die 1950er bis frühen 1980er Jahre. Was Gilley, Biggar und andere betreiben, ist insofern ein neues Kapitel in der Wahrnehmung der kolonialen Vergangenheit.

3. „RHODES-MUST-FALL“

Die „Rhodes-Must-Fall“-Kampagne fällt in die gleiche jüngste Zeitgeschichte. Im März 2015 an der Universität Kapstadt initiiert, war ihr ursprüngliches Ziel die Entfernung der Statue von Cecil Rhodes vom Universitätscampus. Die Welle der Kritik an nach wie vor vorzufindenden rassistischen Strukturen im politischen, gesellschaftlichen und universitären Leben Südafrikas, an kolonialer Sprache und Denkweise, an der ungerechten Verteilung der Mittel und an defizitären Curricula griff bald auf die 6000 Meilen entfernte Universität Oxford über. Auch hier forderte man die „Dekolonisierung“ der Reading Lists, d. h. der Pflichtlektüre für die universitären Lehrveranstaltungen, und forderte Offenheit für „schwarzes Bewusstsein“ und „schwarzen Feminismus“. Auch die Statue des englischen Königs Georg V. an der Universität Durban wurde beschädigt, aber es zeigte sich sehr bald sehr deutlich, dass symbolisch die Kolonialdebatte auf keine andere Person als die von Rhodes so punktgenau zugeschnitten werden konnte – und dies aus Oxforder Sicht auch musste.



Denkmal des britischen Unternehmers und Kolonialpolitikers Cecil Rhodes (1853–1902) vor der Universität von Kapstadt.

Am Oriol College taten sich am 6. November 2015 über 250 Studierende zusammen, um den Sturz der Rhodes-Statue zu erzwingen. Einer der Mitbegründer der Kampagne, Ntokozo Qwabe, behauptete, die Statue sei für diejenigen Studierenden, die marginalisierten ethnischen Minderheiten angehörten, eine Beleidigung, und die Privilegien und Glorifizierungen von „whiteness“ seien unzeitgemäß.

Nur ein Jahr zuvor hatte das börsennotierte britische Markt- und Meinungsforschungsinstitut „YouGov“ das erstaunliche Ergebnis verkündet, nahezu 60 Prozent der britischen Bevölkerung empfänden Stolz für die Geschichte des Empire, aber nur 19 Prozent betrachteten es mit Scham. Gewöhnlich werden in diesem Zusammenhang Persönlichkeiten wie Winston Churchill genannt: Unbenommen habe der Premierminister Ignoranz für die vom Empire verursachten Probleme und wenig Respekt für Indien gezeigt, aber ihm sei die Befreiung Europas von der Diktatur des nationalsozialistischen Deutschlands zu verdanken. So lauten Gegenstimmen zu der Oxforder Studierendenbewegung, beispielsweise die des früheren Geschichtsstudenten am Oriol College und ehemaligen Mitglieds der Conservative Party des Europaparlaments (bis 31. Januar 2020) Daniel Hannans, der sich als scharfzüngiger EU-Skeptiker und Gegner des Ikonoklasmus einen nicht unumstrittenen Namen gemacht hat.

Solche Stimmen illustrieren, wie kompliziert und emotionalisiert die Debatte geworden ist, weil Vergangenheit und Gegenwart in ihrer engen Verflochtenheit auf das gleiche Problem aus unterschiedlicher Perspektive blicken. So verfügt das All Souls College über eine der reichsten und schönsten Bibliotheken in Oxford, die ihm sein Alumnus Christopher Codrington 1710 gestiftet hatte. Ehemals Gouverneur von Barbados, hatte Codrington Zuckerrohrplantagen mit über 300 Sklavinnen und Sklaven besessen und seinem College die seinerzeit unermessliche Geldsumme von 10.000 Pfund vererbt, Geld also, das mit Sklaverei und Sklavenhandel erwirtschaftet worden war.

Immer häufiger traten vor diesem Hintergrund Fragen von Mitschuld für die koloniale Vergangenheit und moralischer Verpflichtung für die Gegenwart und Zukunft auf. Reparationszahlungen an die Nachkommen der Sklavinnen und Sklaven wurden gefordert, Lehrpläne sollten der Kolonialgeschichte mehr Aufmerksamkeit schenken. Während Oxford dem gleichnamigen Codrington College auf Barbados schon seit vielen Jahren finanzielle Unterstützung gewährt, wurde kein Spielraum dahingehend signalisiert, die Bibliothek umzubenennen.

Biggars „Ethnic and Empire“-Projekt knüpft genau an diesem Punkt an, indem es unterstreicht, kein anderes Kolonialreich als das britische habe sich in der Weltgeschichte der kolonialen Expansion so frühzeitig gegen den Sklavenhandel (1807) und die Sklaverei (1833) verwendet. Obwohl die Forschung klar herausgearbeitet hat, dass Sklaverei und unfreie Arbeit auch nach ihrer gesetzlichen Abschaffung fortbestanden und dass die Sklavenhalter zu einer ernsthaften Reformierung des Systems nur unter der Garantie einer umfassenden Kompensation für ihren „Besitzverlust“ bereit waren, unterstellte Biggar seinen Kritikerinnen und Kritikern ein postimperiales Schuldgefühl, zu dessen Überwindung er aufrief. Statt Scham solle Stolz für die Kolonialgeschichte empfunden werden. Biggar verband seinen polemischen Appell mit dem Vergleich, die britische Abolitionismusbewegung habe Kolonialkrisen wie das Massaker von Amritsar (1919) in Nordindien ausgeglichen.

Ein öffentlicher Protestbrief (BBC, 20. Dezember 2017) von fast sechzig in Oxford arbeitenden Professorinnen und Professoren ließ nicht lange auf sich warten, um klar zu stellen, dass Biggars Vereinfachungen und Pauschalisierungen, seine Versuche, Kolonialismus aufzurechnen und für Nostalgie und Sentimentalität zu werben, wissenschaftlich nicht haltbar seien. Es komme darauf an, die Debatten nicht auf den Stand der 1950er Jahre zurückzuwerfen, sondern fortbestehende Hegemonialstrukturen und Bildungshierarchien, ihrerseits ebenfalls Spiegel des Kolonialismus, zu überwinden, schrieb die Oxforder Studierendengruppe „Common Ground“ (Common Ground: Our Manifesto, 20. Dezember 2017).

4. DIE EUROPÄISCHE DIMENSION

Mithin lag es auf der Hand, dass die Debatten über Eurozentrismus, Kolonisierung, Dekolonisierung und sogar Rekolonisierung nicht auf einen Konsens zu bringen waren. Das Unbehagen am langen Schatten der Erinnerungspolitik war nur der Anfang. Und im Kern ging es um die Frage des Umgangs mit historischer Ungerechtigkeit sowie den Charakter zeithistorischer Selbstgerechtigkeit. Die argumentativen Möglichkeitsräume zwischen Ideologisierung einerseits und wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnen andererseits haben sich dabei eher verengt. Das liegt sicherlich *auch* an einer zusätzlichen Moralisierung und Politisierung der historischen Themen und *wie* sie debattiert werden.

Die Verhärtung der Fronten reflektiert schließlich das Problem, dass viel zu lange mit dem Auftrag gezögert worden ist, die Vergangenheit über traditionskritische Methoden zu rekonstruieren, zu verstehen und zu konfrontieren, anstatt sie im Museum zu entsorgen und zu verbergen. Wer Erinnerungsdebatten blockierte, konnte nicht erwarten, dass sich das schwierige Erbe von selbst erledigen würde.

Dieser Vorwurf ist wiederholt in Dänemark, Belgien und Portugal erhoben worden. Er zeigt, dass die Debatte in jüngster Zeit schrittweise europäisiert worden ist und trotz der historischen Vorherrschaft der britischen und französischen Kolonialreiche, d. h. ihrer Kolonialgeschichten für die jeweiligen Nationalgeschichten, hier keine Sonderwege beschritten wurden. Auch in Barcelona entzündeten sich die Gemüter, als die Stadtverwaltung im März 2018 das Denkmal des Grafen Comillas aus einem belebten Geschäftsviertel entfernen und in einem Museum unterbringen ließ. Einst unter Francisco Franco verehrt, war der Monarchist Comillas eng in die spanische Kolonialgeschichte verwickelt, profitierte vom Sklaven- und Tabakhandel und betätigte sich auch als Philanthrop seiner Stadt. Dieses Spannungsfeld bildet eine der zentralen Koordinaten der Debatten – war es unauflöslich einer Person zugeschrieben oder musste differenziert werden zwischen dem historischen Erbe und der politischen Verantwortung der Gegenwart?

Wenn in Großbritannien ehemalige Premierminister wie Lord Grey, dem im Zentrum von Newcastle eine vierzig Meter hohe Säule gewidmet ist, in die Kritik geraten, weil er seinerzeit die Sklavenhändler und nicht die Sklavinnen und Sklaven entschädigte, so ist dies ebenso

nachvollziehbar wie die Kritik am liberalen Premierminister William Gladstone, der seinem Vater einen aus dem Sklavenhandel geschaffenen Wohlstand verdankte.

Man wird die eingangs erwähnte Bronzefigur von Colston nach ihrer Bergung aus dem Hafenbecken von Bristol, in das sie protestierende Demonstranten wütend geworfen hatten, nicht mehr mit dem Philanthropen in Verbindung bringen. Und man wird manche englische Herrenhäuser und Kirchenbauten, die ungeschützt die Geschichte des Empire bezeugen, weil sie ohne dieses gar nicht hätten errichtet werden können, mit Erläuterungstafeln versehen müssen, so wie sogar das Denkmal von Mahatma Gandhi am Londoner Parliament Square beschädigt wurde, weil er während seiner südafrikanischen Jahre die dortige indigene Bevölkerung gegenüber den indischen Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern benachteiligte. Das Churchill-Denkmal neben den Houses of Parliament wird dieses Schicksal nicht ereilen können, weil es kurzerhand mit Schutzwänden verbarrikiert wurde, während dasjenige des Sklavenhändlers Robert Mulligan vom Museum of London Docklands in den Lagerhallen verschwunden ist.



Polizistinnen und Polizisten der London Metropolitan Police schützten im Sommer 2020 während der Black-Lives-Matter-Demonstrationen das Churchill-Denkmal neben den Houses of Parliament.

Deutschland wird kaum mit dieser Fülle öffentlicher, an die koloniale Vergangenheit erinnernder Denkmäler konkurrieren können. Seine Kolonialgeschichte war bekanntlich sehr viel kürzer als die der meisten anderen europäischen Länder, sein Kolonialreich erheblich kleiner als das britische oder als die des frühneuzeitlichen Spaniens und Portugals. Aber die deutsche koloniale Handschrift war deshalb nicht weniger blutig, gewalttätig, kriegerisch, und der Kolonialrevisionismus nach dem Verlust der Kolonien nicht weniger nostalgisch, verklärend und gefährlich. Eine der häufig auftauchenden Fragen ist die nach der Gründung von Museen, die schonungslos und nicht beschönigend die Geschichte des Kolonialismus und der imperialen Herrschaft dokumentieren. Eine weitere richtet sich an die Schulbücher und wie der Geschichtsunterricht jenseits des Eurozentrismus gestaltet werden kann.

Denn Denkmalsturz und Bilderstürmerei hat es in der Geschichte immer gegeben, sie stellen für die zeithistorische postkoloniale Auseinandersetzung zwar eine treibende Kraft dar, doch keine Einmaligkeit für sich beanspruchende. Bei der Überwindung von Diktaturen haben sie stets eine wichtige Rolle gespielt: Josef Stalins Statue wurde während des Budapester Aufstands von 1956 umgestürzt, die Statue von Saddam Hussein

stürzte im April 2003 in Bagdad. Zahlreiche an Queen Victoria erinnernde Denkmäler fielen in der Zeit der Dekolonisation dem Dynamit zum Opfer, noch 1976 wurde die Nelson-Säule im Herzen Dublins gesprengt. So weit ist Bridgetown (Barbados) noch nicht gegangen, obwohl dort die Nelson-Statue vor dem Nationalparlament für viel Unmut sorgt.

Die damit unmittelbar zusammenhängende Debatte über die Ikonographie des städtischen Raums, die Anlage von Straßen und Plätzen, knüpft an die Debatte über den Raum der Museen an, indem in beiden Fällen die Ordnung als eine kultur-politische begriffen wird. Wo Statuen stehen, ob im Museum oder in der Stadt, ist noch zu keiner Zeit dem Zufall überlassen worden – die in Marmor gemeißelte oder in Bronze gegossene politische Symbolik war und ist das Ergebnis von Revolutionen, Kriegen und kolonialer Expansion, bzw. ist sie das Resultat post-kolonialen Denkens und Handelns.

5. DIE DEUTSCHE GESCHICHTE

Wo in Deutschland die urbane Frage besonders brisant wird, ist bei der Namensgebung von Straßen, Plätzen und Gebäuden offensichtlich geworden. Der Vorwurf, unter anderem von der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ geäußert, Straßenbezeichnungen würden nicht anders als Denkmäler Werte und die Dominanz des Kolonialismus fortschreiben, ist nicht leicht zu widerlegen. Auch das Fehlen von Denkmälern weist in die gleiche Richtung: Kann man in Barbados trefflich über die Nelson-Statue streiten, so nicht weniger darüber, warum es nach wie vor kein Denkmal für die heutigen Nachkommen der im 17. Jahrhundert von den britischen Inseln aus politischen und religiösen Gründen vertriebenen Iren und Schotten gibt.

Analog dazu lässt sich erörtern, warum es in Deutschland über 650 Bismarck-Straßen und -Plätze gibt, dazu Bismarck-Türme, nach dem Reichskanzler benannte Schulen, einen Hering und ein zu Papua-Neuguinea gehörender Archipel, aber warum das deutsche politische Gedächtnis nur selten die Berliner „Afrikakonferenz“ (1884/85), zu der Bismarck eingeladen hatte, in Erinnerung ruft. Die „Aufteilung“ Afrikas geht im Wesentlichen auf die Konferenz zurück, und doch hat die Erinnerung an den deutschen Kolonialismus kaum bestimmt, dass Bismarck für ihn ein wichtiger Faktor war, ob anfänglich als Zögernder oder später als sein Förderer.

Auch Straßennamen wie zum Beispiel Petersallee, Nachtigalplatz und Lüderitzstrasse inmitten des sogenannten „Afrikaviertels“ von Berlin-Wedding erinnern und ehren drei prominente Exponenten der deutschen Kolonisation in Afrika. Der berühmteste von ihnen, Reichskommissar Carl Peters, war seinerzeit besonders berüchtigt für Kolonialskandale und -verbrechen in Ostafrika. Die Initiative für eine Umbenennung in Ann-Mungunda-Allee und Maji-Maji-Allee, in Cornelius-Fredericks-Straße und Manga-Bell-Platz war politisch zwar umstritten, sollte aber dem anti-kolonialen Kampf gegen die deutsche imperiale Herrschaft symbolisch Rechnung tragen.

Hinzu kommt, dass die Berliner Petersallee ihre Bezeichnung erst 1939 erhielt, als die Nationalsozialisten Peters zu einem Kolonialhelden erkoren, über sein Leben einen Film produzierten

und ihn damit zu rehabilitieren versuchten. Seit 1986 ist die Straße nach dem Widerstandskämpfer Hans Peters benannt. Wer sich mit der deutschen Kolonialvergangenheit beschäftigt, kommt deshalb nicht daran vorbei, ihre langen Schatten nach dem Verlust der Kolonien 1919 bis tief in das 20. Jahrhundert nachzuverfolgen.



Zeitgenössische Darstellung des Publizisten und Kolonialpolitikers Carl Peters (1856–1918).

Die Sichtweise ließe sich ebenso umdrehen mit dem Argument, die bisherige Gewichtigkeit, die die Geschichte des Nationalsozialismus erfahren hat, werde um die weitere Dimension der Erforschung der Kolonialgeschichte im Wilhelminischen Kaiserreich erweitert, ohne selbstverständlich das eine als Vorgeschichte des anderen zu verstehen, so wenig wie die Gewalt des NS-Regimes zwangsläufig eine Konsequenz der Gewalt der deutschen Imperialherrschaft war. In jedem Fall aber ist für die aktuelle Debatte über die Verantwortung für das koloniale Erbe festzuhalten, dass sich dieses in Teilen mit der Geschichte des Nationalsozialismus als verflochten zeigt.

Zu gleicher Zeit sind die Statuen landesweit Gegenstand von Debatten zwischen postkolonialen Initiativen, Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitikern sowie Anwohnerinnen und Anwohnern. Hamburg kann von sich behaupten, über das größte, 34 Meter hohe Bismarck-Denkmal zu verfügen. Am Bertha-von-Suttner-Platz in Hannover, ehemals Carl-Peters-Platz, befindet sich der Gedenkstein zu Ehren von Peters, nicht ohne allerdings mit einer Mahntafel gegen den Kolonialismus versehen zu sein. Die Umgestaltung des Denkmals und die Umbenennung in „Mahnmahl gegen den Kolonialismus“ bezeugen eine lange Auseinandersetzung mit dem Thema, die bis auf den 30. Juni 1988 zurückgeht, als die Tafel angebracht wurde. Kritikerinnen und Kritikern reichte dies nicht: Sie plädierten dafür, die Denkmäler nicht zu zerstören oder in Museumsdepots unterzubringen, sondern neu zu gestalten, gegebenenfalls „postkoloniale Gegendenkäler“ zu errichten oder das vorhandene einfach nur auf den Kopf zu stellen.

6. KOLONIALISMUS UND WISSEN

Ob sich die Kolonialgeschichte auf den Kopf stellen lässt, sobald von Vergangenheitsbewältigung die Rede ist, steht zur Diskussion. In jedem Fall ist sie gefragt, auf politische Herausforderungen zu reagieren. Nach Präsident Macrons oben erwähnter Initiative wurde ein Bericht erstellt, der die in französischen Museen vorhandenen afrikanischen Kulturgüter erfassen sollte.



Nama-Kaptein Hendrik Witbooi (1824–1905).

Demnach befinden sich 90 Prozent der sub-saharischen materiellen Kultur außerhalb des afrikanischen Kontinents. Ende Februar 2019 gab das Linden Museum in Stuttgart die Bibel und die Peitsche von Hendrik Witbooi an die Regierung Namibias zurück, die sie dem Nationalarchiv Namibias anvertraute. Die große politische Geste traf auch auf Widerspruch, in diesem Fall der Nachkommen des Nama-Führers, der 1905 von deutschen Kolonialtruppen getötet worden war.

Währenddessen ist es wohl eines der besonders dringlichen Probleme, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, wie viele menschliche Überreste und Kulturgüter aus der nichtdeutschen/nichteuropäischen Welt in deutschen Museen, Sammlungen, Universitäten und Archiven aufbewahrt werden. Datenbanken mit Bestandsübersichten sind ein erster Schritt in Richtung historischer Aufarbeitung und juristischer Klärung der Eigentumsrechte, was ohne Zweifel außergewöhnlich kompliziert ist. Postkoloniale Initiativen, die in Deutschland nicht selten von Intellektuellen betrieben werden, die wie Mnyaka Sururu Mboro aus Tansania stammen und zum Studium nach Deutschland kamen, sind dabei treibende Kräfte.

Sie tragen außerdem dazu bei, Kolonialismus und imperiale Herrschaft nicht lediglich als Prozesse der formalen und informalen Expansion zu erfassen, sondern auch als Aneignung der Welt über Wissenserwerb. Nichteuropäische Objekte zu sammeln und nach Europa zu bringen, um sie zu erforschen und der Öffentlichkeit zu präsentieren, ging einher mit damals so bezeichneten „Völkerschauen“, der Errichtung von Völkerkundemuseen und daraus schlussfolgernd der Selbstwahrnehmung als „zivilisiert“, überlegen und dem „Anderen“ gegenüber mit der Aufgabe anvertraut, ihm die Ideologie der Zivilisierungsmission angedeihen zu lassen.

Das generierte Wissen war insofern ebenso wenig unschuldig wie koloniale Landeroberung, Fremdherrschaft und Ausbeutung von Menschen und Naturressourcen. Ein Unterschied lag lediglich darin, dass die Errichtung von Wissensregimen, auch in Gestalt moderner Wissenschaften wie Anthropologie und Ethnologie, kaum Widerspruch erregte, während Kolonialskandale, -kriege, Rassismus und Willkürherrschaft durchaus im Europa um 1900 Kolonialismuskritik hervorrief.

Es ist insofern naheliegend, dass die Konsequenzen der Wissensregime mit ihrem langen Atem bis in die Gegenwart erneut wahrgenommen werden, weil sie integraler Bestandteil der

Expansionsgeschichte gewesen sind, aber im Unterschied zum konkreten Verlust von Kolonien bzw. von informalem Einfluss in der nichteuropäischen Welt ungebrochen fortbestehen.

Die genannten Denkmäler, Straßenbezeichnungen, Kulturgüter und Stereotype stehen dafür beispielhaft. So löste der belgische König Leopold II. mit den sogenannten Kongogräuel (1888–1908) weltweite Proteste und die Gründung der humanitären Bewegung der Congo Reform Association (1904) aus, an der berühmte Persönlichkeiten wie Edmund Dene Morel, Mary Kingsley und Roger Casement mitwirkten. Casement wurde der politische Chefankläger von Leopold, ein irischer Revolutionär, der im Dubliner Osteraufstand 1916 sein Leben ließ. So dramatisch die Ereignisse seinerzeit waren und so unglaublich grausam und rassistisch das belgische Kolonialregime im Kongo herrschte, so überdauerte alle Kritik das Afrika-Museum im Brüsseler Vorort Tervuren.

Dieses hatte Leopold II. 1898 nach dem Vorbild von Versailles höchstpersönlich errichten lassen. Kostete seine Privatkolonie, die er auf der erwähnten Berliner Afrika-Konferenz 1885 zuerkannt bekam, schätzungsweise acht bis zehn Millionen Menschen ihr Leben, ließ der belgische König seine Initialen 45 Mal an dem Prachtgebäude anbringen. Im Sommer dieses Jahres aber trat der Direktor des Museums, Guido Gryseels, an die Öffentlichkeit und forderte sein Land dazu auf, sich zur kolonialen Vergangenheit zu bekennen. König Philippe wandte sich an den Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo und beklagte die Verbrechen seines Vorgängers. Und eine Wahrheits- und Versöhnungskommission wurde geschaffen, der es obliegt, Kriterien für Entschädigungszahlungen und eine offizielle Entschuldigung durch den belgischen Staat zu untersuchen.

Vorausgegangen ist dem die bereits im Jahr 2005 gezeigte Ausstellung „La mémoire du Congo“, die offen die Verantwortung Belgiens für die Kolonialverbrechen aufzeigte und klarstellte, dass die den Kolonialmuseen häufig eingeschriebene Nostalgie nicht mehr akzeptabel war. Wie mit den Objekten umgegangen werden sollte, stellte einen herausragenden Auftrag dar. Würde die Geschichte entfernt, trüge man die Objekte ins Depot? Durften den Kolonialismus verherrlichende Deckenmalereien eines denkmalgeschützten Museumsgebäudes beseitigt werden?

7. EUROPÄISCHE FALLBEISPIELE

Die Stimmen, die Kolonialvergangenheit aufzuarbeiten, sind überall in Europa deutlich vernehmbar – die wissenschaftlichen konkurrieren mit den politischen um Deutungshoheit und um den geeigneten Zeitpunkt, die Öffentlichkeit einzubinden. Das geschieht nicht selten mit Fernsehprogrammen wie beispielsweise der erfolgreichen belgischen Dokumentation „Kinderen van de kolonie“ (2018–2019). Die niederländische Regierung gab zeitgleich ein unabhängiges Forschungsprogramm in Auftrag, das die Gewalt des Dekolonisationsprozesses in Indonesien untersucht. Es soll im Herbst 2021 präsentiert werden.

Generell rückt nicht nur die Geschichte der Kolonisierung der Welt durch Europa in den Fokus, sondern in nicht geringerem Maße die zeitlich viel kürzere Phase der Dekolonisation. Das kann auch damit begründet werden, dass noch einige wenige Zeitzeugen darüber Auskunft geben können, ob als ehemalige Soldaten, Verwaltungsbeamte oder Missionare.

Die Niederlande scheinen das Thema zügiger in Angriff zu nehmen als Belgien. Schon 2002 wurden in Amsterdam, 2013 in Rotterdam und 2018 in Hoofddorp Statuen zur Erinnerung an versklavte Menschen und den anti-kolonialen Widerstand errichtet. Die ungefähr 15 Leopold II. in ganz Belgien gewidmeten Statuen erhalten zwar regelmäßig Graffiti-Beschriftungen. Aus den urbanen Zentren entfernt wurden sie jedoch bisher nicht, obwohl die Forderung nach einer Dekolonisierung des öffentlichen Raums stetig lauter wird. Diesen zu erkunden, machen sich „postkoloniale Spaziergänge“ zum Ziel.

Man wird es als eine auch für die Forschung wichtige Aufgabe bezeichnen können, jenseits der üblicherweise in den Blick genommenen, museale Kulturgüter und öffentliche Gebäude berührenden Aspekte verstärkt den allgemeinen Raum der Städte beachten zu müssen, mithin private Häuser und die ihnen eigenen dekorativen Verzierungen, die koloniale Handschriften tragen.

Es ist bemerkenswert, dass Belgien, hierin Italien und Portugal vergleichbar, sich mit der Erfassung seiner kolonialen *Lieux de Mémoire* schwerer tut als die Niederlande und kritische Diskurse zögerlicher fördert. Ob dies damit zusammenhängt, dass Belgiens Kolonialgeschichte wie die Italiens viel kürzer gewesen ist als die der meisten europäischen Länder, oder ob die staatliche und die nationale Identität fragiler ist: In jedem Fall hat für die Ausbildung eines historischen und politischen Bewusstseins für die Kolonialgeschichte seit jeher die Einwanderung von Menschen aus den ehemaligen Kolonien eine prägende Bedeutung gehabt. Erst dass ihre Stimmen sich mit denen der Nachkommen der Kolonisatoren mischen, garantiert jedenfalls ein ausbalancierteres Klangbild. Kongolesen sind nach Belgien erst in den 1990er Jahren in größerer Zahl eingewandert. In anderen europäischen Ländern wie Großbritannien setzte die Immigration deutlich früher ein. Sie löste fremdenfeindliche Abwehrmechanismen aus, aber auch die theoretische, methodische und empirische Konfrontation mit der Kolonialgeschichte.

Ähnlich defensive, die oben beschriebenen britischen Polarisierungen zwischen einem „guten“ und einem „schlechten“ Kolonialismus in einem schwächeren Maße reflektierende Positionen sind in Portugal zu vernehmen. In diesem Fall ist die späte Überwindung der Salazar-Diktatur (1974), die nicht müde wurde, Portugals angeblich einzigartigen Einfluss in der „Entdeckung“ der Welt zu betonen, sicherlich dafür verantwortlich zu machen, dass Denkmäler wie das monumentale Padrão dos Descobrimentos in Lissabon, das 1960 anlässlich des 500. Todestages von Heinrich dem Seefahrer errichtet wurde, immer noch ohne kritische Einordnung, etwa mit Hilfe einer Erläuterungstafel, zu besichtigen sind. Wie in keinem anderen europäischen Land waren in Portugal der Sturz der Diktatur und der Zusammenbruch des Kolonialreichs miteinander verbunden, was eine koloniale Amnesie zur Konsequenz hatte. Dieses Vakuum in der Deutungshoheit der kolonialen Vergangenheit füllten entweder die Rückkehrer aus den Siedlerkolonien wie Angola und Mosambik mit erwartbarer pro-imperialer, paternalistischer Sichtweise, oder das militärische Personal oder schließlich populärgeschichtliche Autorinnen und Autoren. Eine akademische Debatte setzt aktuell sehr vorsichtig ein.

Anstelle dieser Alternativen hat Dänemark einen anderen Weg eingeschlagen. Die von den Künstlerinnen Jeannette Ehlers (Dänemark) und La Vaughn Belle (Virgin Islands) geschaffene und im Frühjahr 2018 in Kopenhagen erstmals öffentlich gezeigte Skulptur „I am Queen Mary“ klagt die dänische Beteiligung am globalen Sklavenhandel an. Mary Leticia Thomas hatte mit drei weiteren Frauen im Oktober 1878 einen Aufstand auf den dänischen West Indies organisiert, sie hatten gegen die fortwährende Versklavung afrikanischer Arbeiterinnen und Arbeiter in der Karibik protestiert. Die zu seinem Kolonialbesitz zählenden karibischen Inseln St. Croix, St. Thomas und St. John verkaufte Dänemark im Jahr 1917 für 25 Millionen Dollar an die USA und pflegte seitdem das trügerische Bild eines „unschuldigen“ Kolonialismus. Spätestens mit der Skulptur im Hafen von Kopenhagen ist ein Signal gesetzt worden, wie inakzeptabel dieses Bild ist.

Das koloniale Erbe zu konfrontieren, war auch in Kopenhagen keineswegs selbstverständlich, und lange Zeit verglich sich Dänemark mit den anderen europäischen Kolonialmächten darin, viel früher, bereits 1792, offiziell den Sklavenhandel verboten zu haben. Über das Trauma des Verkaufs des formalen Kolonialbesitzes rettete man sich mit Nostalgie und der Selbstwahrnehmung, eine „gute“ Kolonialmacht gewesen zu sein. Das war die sagbare Seite der Geschichte. Aber der britische Soziologe Stuart Hall hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die andere, die verschwiegene Seite, nicht durch Schweigen verschwindet, sondern es komme darauf an, ihr endlich Gehör zu verschaffen.

FAZIT: FÜR EINE EUROPÄISCHE GEDÄCHTNISPOLITIK

Äußert sich in Spanien nur eine kleine Minderheit mit Skepsis an der eigenen Kolonialgeschichte und formiert sich in den Niederlanden Widerstand gegen den auf Nikolausumzügen vielfach nicht mehr zugelassenen „Zwarten Piet“, so sind dies lediglich zwei von zahlreichen Beispielen, wie stark die Debatte über den Umgang mit der Kolonialgeschichte nach wie vor nationalgeschichtlich verankert ist und wie sie polarisieren statt einen kann.

Eine Kritik an den europäischen kolonialen Vergangenheiten würde indessen das Potential der Festigung einer gemeinsamen politischen Identität Europas besitzen können. Sie würde die Transferleistungen zwischen den europäischen Historiographien in einen Zusammenhang mit den nichteuropäischen Forschungsergebnissen stellen und eine Forschungsfrage formulieren, die die nationalstaatlichen Grenzen überschreitet. Denn letzten Endes waren auch die Kolonialreiche nicht homogene Einheiten, sondern brüchige Konglomerate.

Es spricht deshalb vieles dafür, die Erinnerungen an den Kolonialismus transnational auszurichten. Der Prozess der europäischen Integration auf der einen Seite und derjenige der formalen Dekolonisation auf der anderen sind zwei Seiten der gleichen Münze. Tatsächlich waren 1957 die Gründungsmitglieder Frankreich und Niederlande noch Kolonialmächte. Angesichts einer zeitlich so dichten Phase folgt in der Gegenwart konsequent eine zweite Dekolonisierung, die Fremdherrschaft auch als koloniales Wissensregime begreift und davon ausgeht, dass es in der Natur von Wissen liegt, nicht national gebunden zu sein.

LITERATUR

- D** **Richard Drayton:** Rhodes Must Not Fall? Statues, Postcolonial ‚Heritage‘ and Temporality, in: *Third Text* 33/4 (2019), S. 651–666.
- G** **Jeremiah J. Garsha:** Expanding ‚Vergangenheitsbewältigung‘? German Repatriation of Colonial Artefacts and Human Remains, in: *Journal of Genocide Research* 22/1 (2020), S. 46–61.
- Idesbald Goddeeris:** Mapping the Colonial Past in the Public Space. A Comparison between Belgium and the Netherlands, in: *BMGN – Low Countries Historical Review* 135/1 (2020), S. 70–94.
- Renée K. Gosson:** ‚Tous ceux sans qui la France ne serait pas la France‘. The case for a French national museum of colonial histories, in: *French Cultural Studies* 29/2 (2018), S. 120–137.
- O** **Temi Odumosu:** What Lies Unspoken: A Remedy for Colonial Silence(s) in Denmark, in: *Third Text* 33/4 (2019), S. 615–629.
- P** **Elise Pape:** Postcolonial Debates in Germany – An Overview, in: *African Sociological Review/Revue Africaine de Sociologie* 21/2 (2017), S. 2–14.
- S** **Isabel dos Santos Lourenço/Alexander Keese:** Die blockierte Erinnerung. Portugals koloniales Gedächtnis und das Ausbleiben kritischer Diskurse 1974–2010, in: *Geschichte und Gesellschaft* 37/2 (2011), S. 220–243.
- Aline Sierp:** EU Memory Politics and Europe’s Forgotten Colonial Past, in: *Interventions* 22/6 (2020), S. 686–702.
- Benedikt Stuchtey:** Kolonialismus, in: *Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft*, 8. Aufl., hg. von Heinrich Oberreuter u. a., Freiburg 2019, Bd. 3, S. 917–923.
- Benedikt Stuchtey:** Zeitgeschichte und vergleichende Imperien-geschichte. Voraussetzungen und Wendepunkte in ihrer Beziehung, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 65/3 (2017), S. 301–337.
- V** **Georgi Verbeeck:** Legacies on an imperial past in a small nation. Patterns of postcolonialism in Belgium, in: *European Politics and Society* 21/3 (2020), S. 292–306.

Impressum

Der Autor

Prof. Dr. Benedikt Stuchtey ist seit 2013 Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg. Sein Forschungsinteresse gilt der vergleichenden Imperialismusforschung sowie der Globalgeschichte vom frühen 19. bis in das späte 20. Jahrhundert. Im Rahmen verschiedener Publikationen hat er sich intensiv mit der Geschichte des Kolonialismus auseinandergesetzt.

Ansprechpartner

PD Dr. Matthias Oppermann

Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
T +49 30 / 26 996-3812
matthias.oppermann@kas.de

Dr. Kathrin Zehender

Referentin Zeitgeschichte
T +49 30 / 26 996-3717
kathrin.zehender@kas.de

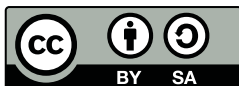
Herausgeberin

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin

Umschlagfoto: © picture alliance/Zoonar; Jonas Weinitschke
Im Hamburger Elbpark wurde 1906 das bis heute weltweit größte Bismarck-Denkmal enthüllt.
Mit Sockel ist es mehr als 34 Meter hoch.

Bildnachweise: S. 5 © picture alliance/imageBROKER; Karl F. Schöffmann; S. 8 © picture alliance/AA; Kate Green; S. 10 © picture-alliance/dpa; Bifab; S. 11 © picture-alliance/dpa

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-833-9